

spotlight europe

2012/04 — Juni 2012

Mobil statt arbeitslos?

Dr. Thieß Petersen

Bertelsmann Stiftung, thiess.petersen@bertelsmann-stiftung.de

Fast ein Viertel aller Jugendlichen in der EU ist arbeitslos. Besonders betroffen sind wiederum die Krisenstaaten. Aber auch in Ländern wie Frankreich, Schweden oder Luxemburg haben es junge Leute schwer, Arbeit zu finden. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit der EU garantiert ihnen aber Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt. Sie könnte helfen, neue Perspektiven zu eröffnen – würde sie richtig gefördert.

spotlight europe # 2012/04

Die Staatsschuldenkrise der Euro-Zone hat mittlerweile dramatische Konsequenzen für die europäischen Arbeitsmärkte. Im April 2012 erreichte die Arbeitslosigkeit in der EU mit fast 25 Millionen Arbeitslosen einen historischen Höchststand. Während die von Eurostat berechneten Arbeitslosenquoten in Österreich, Deutschland, Luxemburg und den Niederlanden lediglich bei 3,9 bis 5,4% lagen, erreichten sie in den krisengeschüttelten südeuropäischen Ländern Griechenland und Spanien Werte von fast 25%.

Besonders garvrierend ist dabei die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit: Im Frühjahr 2012 waren 35% der Jugendlichen in Italien und Portugal im Alter unter 25 Jahren arbeits-

los, in Spanien und Griechenland sogar mehr als 50%. Insgesamt sind fünfeinhalb Millionen junger Menschen zwischen 14 und 25 Jahren arbeitslos. Das entspricht einer Quote von 22,6 Prozent. Die Arbeitslosigkeit in den südeuropäischen Euro-Ländern steigt auch deshalb, weil es diesen Ländern in den Jahren seit der Euro-Einführung nicht gelungen ist, die Produktivität zu steigern.

Früher konnten Länder in wirtschaftlichen Schwierigkeiten immer noch ihre Währung abwerten, wenn mangelnde Produktivität zu sehr auf die Wettbewerbsfähigkeit drückte. Ein flexibler Wechselkurs konnte ein entscheidendes Instrument sein, um produktionstechnologische Nachteile einer Volkswirtschaft auszugleichen und damit deren internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. In der Theorie funktioniert der Mechanismus folgendermaßen: Die Wäh-

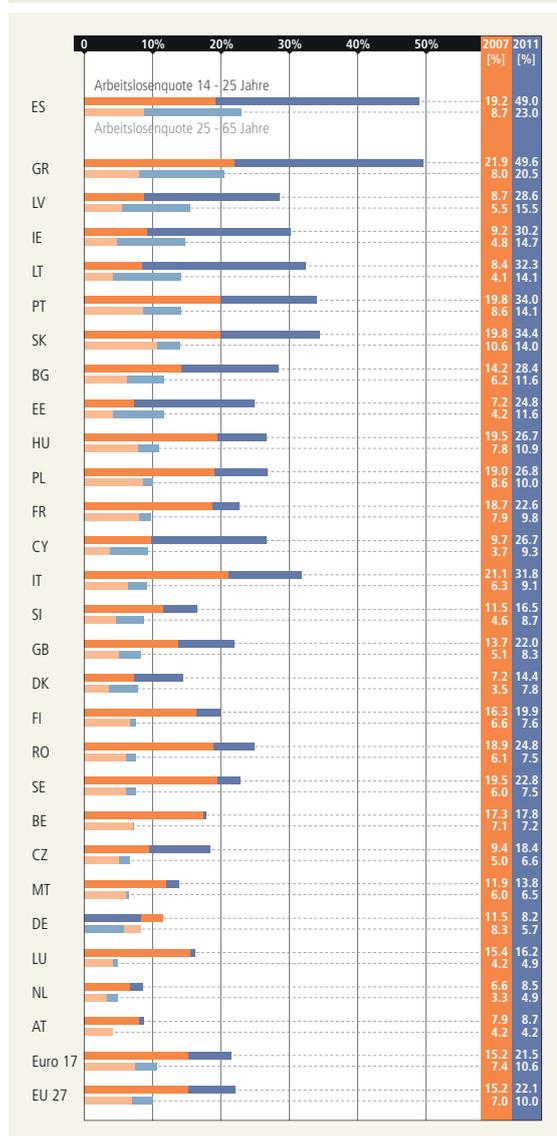
rung eines Landes mit Produktivitätsnachteilen wird im Fall eines flexiblen Wechselkurses abgewertet. Das senkt die Kosten und federt so die Nachteile einer geringeren internationalen Wettbewerbsfähigkeit ab. Spätestens aber mit der Einführung einer Gemeinschaftswährung entfiel diese Möglichkeit. Der Verzicht auf eine eigene Währung in Kombination mit einem geringen Produktivitätswachstum führte dann dazu, dass die Exporte zurückgingen, während die Importe zunahm. Der Rückgang der Nachfrage nach - teuren - heimischen Pro-

dukten war Grund und zugleich Folge dieser Entwicklung und beschleunigte das Sinken der Produktion und der Beschäftigung und führte zum Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Schließen sich Länder mit unterschiedlichen Produktivitätswachstumsraten zu einer Währungsunion zusammen, sollte also mindestens eine der folgenden Bedingungen erfüllt sein: Entweder sind die Länder in der Lage ihre Löhne zu senken, und damit ihre Produktionskosten anders als über den technologischen Fortschritt zu reduzieren. Oder ihre Arbeitskräfte sind mobil und ziehen den Stellenangeboten hinterher. Beide Bedingungen für eine funktionsfähige Währungsunion sind in der Euro-Zone jedoch nur unzureichend erfüllt. Henrik Enderlein, Professor an der Hertie School of Governance, kommt daher in seinem Aufsatz „Die Krise im Euro-Raum: Auslöser, Antworten, Ausblick“ zu einem ernüchternden Urteil: „Auf dem Papier hat Europa zwar einen Binnenmarkt geschaffen, doch von einem wirklich integrierten Wirtschaftsraum sind wir weit entfernt“.

Arbeitslosigkeit in der EU

Entwicklung der Arbeitslosigkeit insgesamt und der Jugend Ende 2007 und Ende 2011



Quelle: Eurostat, 2012

© Bertelsmann Stiftung

Arbeitsmigration steigt leicht

Jede Volkswirtschaft muss Wege finden, mit den wirtschaftlichen Ungleichgewichten ihrer Teilregionen umzugehen. Auch die Euro-Zone. Es ist wahrscheinlich, dass erhebliche Produktivitätsunterschiede innerhalb der Euro-Zone bestehen bleiben und die Wettbewerbsfähigkeit mancher Mitgliedsstaaten weiterhin beeinträchtigen. Um in diesen Ländern einen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern, bietet es sich an, darüber nachzudenken, wie es Arbeitslosen erleichtert werden kann, den Jobs nachzuziehen. Im Idealfall wandern Arbeitskräfte aus den wirtschaftlich schwachen Volkswirtschaften in Länder, die international wettbewerbsfähig sind, und reduzieren so die Arbeitslosigkeit in ihren Heimatländern. In Ansätzen findet dies bereits statt. So stellte das Statistische Bundesamt mit Blick auf die Zuwanderung nach Deutschland im Jahr 2011 fest: „Die Zuwanderung ausländischer Personen nahm vor allem aus dem EU-Raum zu

(+ 138.000 beziehungsweise + 34 %). Dabei erhöhte sich die Zuwanderung aus EU-Ländern, die von der Finanz- und Schuldenkrise schwer betroffen sind, besonders deutlich: Aus Griechenland kamen 90 % mehr Einwanderer als im Jahr 2010 (+ 11.000 Personen) und aus Spanien 52 % (+ 7.000 Personen)“ (Statistische Bundesamt 2012). Die absoluten Zahlen zeigen jedoch, dass das Ausmaß der Arbeitsmigration noch viel zu gering ist, um einen spürbaren Beitrag zur Lösung der Arbeitsmarktprobleme in den schwachen Volkswirtschaften zu leisten. Obwohl die im EU-Recht verankerte Arbeitnehmerfreizügigkeit die rechtlichen Hürden bezüglich einer stärkeren Migration innerhalb der EU beseitigt hat (mit Ausnahme für Rumänien und Bulgarien), scheitert die in der Theorie einleuchtende Überlegung, die Funktionsfähigkeit einer Währungsunion über eine Wanderung der Arbeitskräfte zu stärken, in der Realität an zahlreichen Ängsten und Hindernissen. Dazu gehört neben sprachlichen und kulturellen Barrieren auch die Befürchtung in den Zuwanderungsregionen, dass der Zuzug von Arbeitskräften Nachteile für die heimischen Arbeitskräfte hat.

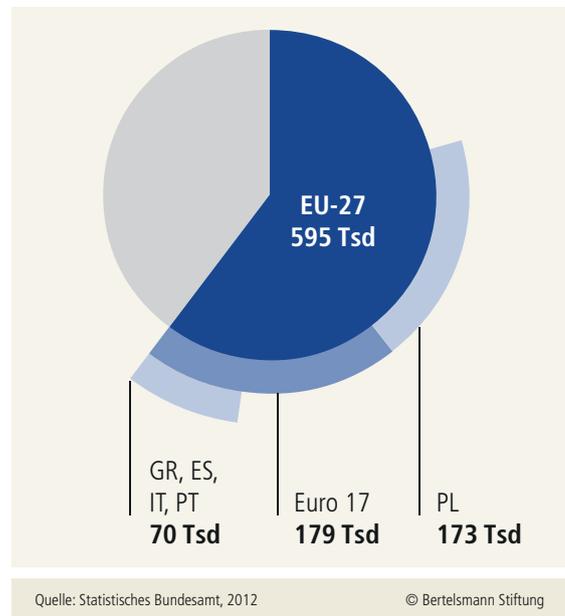
III

Segen oder Fluch?

Reflexartig wird davon ausgegangen, dass der Zuzug von Arbeitskräften negative Effekte für die Beschäftigungssituation der inländischen Erwerbstätigen haben könnte: Beispielsweise durch eine Erhöhung des Arbeitskräfteangebots und den dadurch entstehenden Druck auf die Löhne. Oder durch eine verschärfte Konkurrenzsituation unter den Arbeitnehmern. Diese kurzfristige Betrachtung vernachlässigt jedoch eine Reihe von dynamischen Effekten, die die negativen Lohn- und Beschäftigungseffekte für die einheimischen Arbeitskräfte abbremsen und sogar überkompensieren können:

- Erstens ist an die Nachfrageeffekte zu denken, die sich infolge der höheren Beschäftigung ergeben können. Zum einen bewirkt die gesamtgesellschaftliche Steigerung der

Zuwanderung Deutschland nach Herkunftsgebieten, 2011



Beschäftigung eine Erhöhung des verfügbaren Einkommens, sodass die Konsumausgaben steigen. Zum anderen ist zu erwarten, dass mit der Beschäftigungsausweitung auch die Investitionsnachfrage steigt. Eine höhere Konsum- und Investitionsnachfrage bedeutet eine Steigerung der Arbeitsnachfrage, von der auch die inländischen Arbeitskräfte profitieren.

- Zweitens bewirkt der sinkende Lohn eine Reduzierung der Produktionskosten in der Zuwanderungsregion. Dies erhöht die internationale Wettbewerbsfähigkeit, sodass die Exporte der Zuwanderungsregion zunehmen. Damit steigt auch die Beschäftigung in den exportorientierten Unternehmen, was einen generellen Wachstumsprozess mit steigender Beschäftigung auslöst.

- Drittens zeigen Untersuchungen, dass Arbeitsmigranten häufig sparsamer und risikobereiter sind als die Bevölkerung der Zuwanderungsregion. Der Zuzug von Menschen aus dem Ausland wirke sich daher positiv auf die gesamtwirtschaftlichen Ersparnisse, die Investitionen und vor allem die Gründung von neuen Unternehmen aus, so Michael Bommers in „Migration und Veränderung der Gesellschaft“. Damit wird ein Prozess des wirtschaftlichen Wachstums angeschoben, von dem auch die Bürger der Zuwanderungsregion profitieren.

- Viertens ist zu berücksichtigen, dass die Löhne infolge tariflicher oder gesetzlicher Regelungen häufig nach unten hin wenig flexibel sind, sodass die Zuwanderung von Arbeitskräften zwar das Arbeitsangebot erhöht, der Lohn aber trotzdem nicht sinkt. Zudem zeigen zahlreiche empirische Studien, dass neue Zuwanderer auf dem Arbeitsmarkt eher mit früheren Zuwanderern konkurrieren als mit einheimischen Arbeitskräften: „Während die einheimische Bevölkerung den meisten Studien zufolge in fast allen Qualifikationsgruppen gewinnt, verlieren die bereits im Lande lebenden Ausländer erheblich“, konstatiert Herbert Brücker in „Neue Erkenntnisse zu den Arbeitsmarktwirkungen internationaler Migration“.

- Schließlich ist es denkbar, dass in der Zuwanderungsregion ein Arbeitskräftemangel herrscht. In diesem Fall führt die Zuwanderung von Arbeitskräften weder zu einer Lohnsenkung noch zu einer Verdrängung heimischer Arbeitskräfte. Stattdessen schließen die zugewanderten Arbeitskräfte die Lücke auf dem Arbeitsmarkt und erhöhen die gesamtwirtschaftliche Beschäftigung, ohne damit Verteilungskonflikte mit den heimischen Arbeitskräften zu generieren.

Unter Berücksichtigung dieser dynamischen Effekte kann es daher im Fall der Zuwanderung von Arbeitskräften sogar zu positiven Lohn- und Beschäftigungseffekten für die heimischen Arbeitskräfte kommen. Max Steinhardt vom Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut kommt bei seiner Betrachtung von zahlreichen Studi-

en, die sich mit den Lohn- und Beschäftigungseffekten von Zuwanderung auseinandersetzen, zu der Einschätzung: „Unabhängig vom gewählten Ansatz der empirischen Untersuchung hat Zuwanderung nur geringe Effekte auf inländische Löhne und Beschäftigung“, so Max Steinhardt in „Arbeitsmarkt und Migration“.

IV

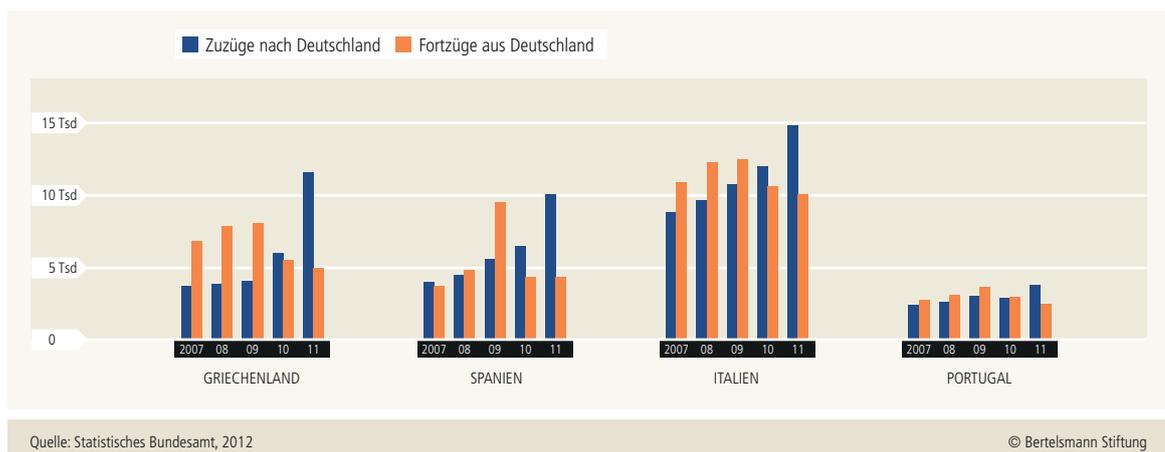
Vor- oder Nachteil?

Die Abwanderung von Arbeitskräften aus einer Volkswirtschaft, die unter einer hohen Arbeitslosigkeit leidet, entlastet den Arbeitsmarkt und die sozialen Kassen, die ansonsten Transferzahlungen leisten müssten. Abwanderung hat damit positive Auswirkungen für die südeuropäischen Euro-Staaten, in denen die Arbeitslosigkeit momentan besonders hoch ist.

Neben diesen positiven Effekten kann die Abwanderung aber auch nachteilige Konsequenzen haben. Zu nennen ist vor allem die Gefahr eines »Brain Drains«, also der Verlust hoch qualifizierter Arbeitskräfte. Studien zu Migrationsbewegungen zeigen, dass hoch qualifizierte junge Menschen besonders wanderungsaktiv sind. Für die Abwanderungsregion bedeutet dies eine Verschlechterung der Produktivität. Der Brain Drain hat daher einen negativen Einfluss auf die Wachstums- und Entwicklungschancen der Abwanderungsregion. Wenn es

Arbeitsmigration

Zu- und Abwanderung aus und in Euro-Staaten mit hoher Arbeitslosigkeit nach Deutschland, 2007 bis 2011



sich bei der Abwanderungsregion um eine nur unterdurchschnittlich entwickelte Ökonomie handelt – so wie dies momentan in den südeuropäischen Euro-Mitgliedsländern der Fall ist –, hat der Brain Drain zur Folge, dass sich die Wachstums- und Wohlfahrtsunterschiede zwischen den Regionen noch verstärken. Migranten verlassen ihr Heimatland in der Regel auch mit dem bis dahin angesparten Kapital. Dies stellt für die Volkswirtschaft, aus der die Migranten auswandern, einen Kapitalverlust dar. Gerade für weniger entwickelte Volkswirtschaften ist der Kapitalmangel eine zentrale Wachstumsbremse. Die Abwanderung von hoch qualifizierten Arbeitskräften stellt also auch unter dem Gesichtspunkt der Verfügbarkeit von Kapital für die südeuropäischen Euro-Staaten eine Entwicklungsbremse dar.

Allerdings sind auch Entwicklungen feststellbar, die diesen negativen Auswirkungen entgegenwirken. Sowohl der Brain-Drain als auch der Kapitalverlust können durch andere Effekte überlagert und gegebenenfalls sogar überkompensiert werden:

- Zunächst einmal ist festzustellen, dass nicht alle Auswanderer ihr Land für immer verlassen. Viele kehren nach einem temporären Auslandsaufenthalt wieder in ihr Heimatland zurück und erhöhen dann durch die im Ausland erworbenen Fähigkeiten den Humankapitalbestand ihres Landes.
- Wenn in einem Land eine hohe Arbeitslosigkeit besteht, vor allem eine hohe Jugendarbeitslosigkeit, gibt es für junge Menschen kaum einen Anreiz, Zeit und Geld in die eigene Bildung zu investieren. Die Aussicht auf eine höhere Entlohnung im Ausland ist ein Anreiz für eine Intensivierung der Bildungsanstrengungen in Ländern mit einer hohen Arbeitslosigkeit. Da jedoch nicht alle, die diese Bildungsanstrengungen auf sich nehmen, ihre Heimat verlassen, steigert dies die Qualifikation im Land. An die Stelle eines »Brain-Drains« tritt dann ein »Brain-Gain«. Dies ist nicht nur graue Theorie: „Empirische Studien zeigen, dass der Brain-Gain-Effekt tatsächlich existiert und in einigen Ländern die Abwanderung von Fachkräften mehr als kompensieren kann“, schreiben Böhme, Mahmoud und Thiele in „Migration: Entwicklungsmotor statt Entwicklungsbremse“.
- Auch der Kapitalverlust, der mit einer Ab-

wanderung von Menschen verbunden ist, kann durch die Migranten wieder ausgeglichen werden. Dies ist der Fall, wenn die ausgewanderten Personen Teile ihres Einkommens an die Familienangehörigen im Inland überweisen. Nach Schätzungen der Weltbank lagen diese Rücküberweisungen im Jahr 2010 weltweit bei 325 Milliarden US-Dollar. Dieser Betrag ist etwa dreimal so viel wie die offizielle Entwicklungshilfe. Für 2011 werden sogar Rücküberweisungen in Höhe von 351 Milliarden US-Dollar angenommen. Bemerkenswert ist dabei auch, dass die Zahl der Migranten zwischen 1990 und 2010 weltweit nur um 40 Prozent zunahm, während sich das Volumen der von den Migranten geleisteten Rücküberweisungen innerhalb dieser 20 Jahre verzehnfachte. Auch wenn sich diese Zahlen primär auf Migranten aus Entwicklungsländern beziehen, ist es nicht unplausibel anzunehmen, dass ähnliche Effekte auch mit europäischen Migrationsbewegungen verbunden sind.

V

Eine Chance für alle

Migration ist unter Berücksichtigung der mittel- und langfristigen Effekte eine Chance für alle beteiligten Länder. In den Zuwanderungsregionen kann Migration einen Wachstumsprozess anstoßen und einen Arbeitskräftemangel beheben, ohne dass es dabei zur Verdrängung heimischer Arbeitskräfte und Lohnsenkungen kommt. Und in den Abwanderungsregionen kann Migration einen Beitrag zur Verringerung der Arbeitslosigkeit leisten, ohne dass dies notwendigerweise mit einem Brain Drain und dem Verlust von Kapital verbunden sein muss.

Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Heterogenität innerhalb der Euro-Zone und den damit verbundenen Herausforderungen für die einzelnen Arbeitsmärkte – hohe Arbeitslosigkeit in wirtschaftlich schwachen Volkswirtschaften und ein sich anbahnender Arbeitskräftemangel in den wirtschaftlich boomenden Regionen – kann die Wanderung von Arbeitskräften zwischen den Euro-Ländern dazu beitragen, die Anspannungen auf

den Arbeitsmärkten abzubauen. Vor allem in den wirtschaftlich schwachen Regionen der Euro-Zone würde die Abwanderung von Arbeitskräften einen Anstieg der Arbeitslosigkeit abmildern, der sich über steigende Ausgaben zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit negativ auf die Staatsfinanzen auswirkt. Dies würde einen weiteren Anstieg der öffentlichen Verschuldung abbremsen und so zur Stabilisierung der Staatsfinanzen in der Euro-Zone beitragen.

VI

Was tun für mehr Mobilität?

Innerhalb der EU gilt das Prinzip Arbeitnehmerfreizügigkeit. In Artikel 15 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union heißt es: „Alle Unionsbürgerinnen und Unionsbürger haben die Freiheit, in jedem Mitgliedstaat Arbeit zu suchen, zu arbeiten, sich niederzulassen oder Dienstleistungen zu erbringen.“ Die freie Wahl des Arbeitsplatzes in der gesamten EU ist einer der Grundfreiheiten des gemeinsamen Marktes. Dennoch ist die regionale Mobilität der Arbeitskräfte innerhalb der EU geringer als im »Währungsraum USA«. Eine Entlastung der Arbeitsmärkte in den wirtschaftlich schwachen Euro-Mitgliedsstaaten durch eine größere Mobilität der Arbeitskräfte verlangt daher eine stärkere Förderung der Migration als bisher. Zur Steigerung der intra-EU Migration bieten sich z. B. folgende Maßnahmen an:

- Das zentrale Motiv für Wanderungsentscheidungen besteht aus attraktiven Arbeits- und Lebensbedingungen. Dabei geht es um Berufsperspektiven, Bildungs- und Arbeitschancen für die Familienmitglieder, Steuern und Abgaben, zuwanderungsfreundliche Verwaltungsprozesse, aber auch um weiche Faktoren wie Toleranz, Wertschätzung von Vielfalt sowie Gestaltungsfreiheiten. Besonders wichtig ist dabei eine attraktive »Willkommenskultur« in den potenziellen Zuwanderungsregionen. Zudem muss der Familienzug unterstützt werden, indem auch Partner und Kinder berufliche Perspektiven erhalten. Formal ist dies innerhalb der EU (mit Ausnahme für Rumänien und

Bulgarien) keine Hürde, aber in der Praxis gibt es dabei nach wie vor Umsetzungsprobleme.

- Damit Arbeitssuchende Stellen im EU-Ausland annehmen können, müssen sie über das Stellenangebot im Ausland informiert sein. Eine engere Zusammenarbeit der europäischen Arbeitsämter ist dazu ebenso notwendig, wie ein Ausbau von mehrsprachigen Datenbanken mit entsprechenden Arbeitsangeboten, so wie dies bereits in dem Kooperationsnetzwerk EURES geschieht. Zur Erleichterung der Arbeitsaufnahme in einem anderen Land gehört auch die schnelle und unbürokratische Anerkennung der im Heimatland erworbenen Qualifikationen und Abschlüsse. D. h. mit Blick auf die EU-Bürger vor allem eine bürgerfreundliche Anwendung der EU-Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen. Hilfreich wäre zudem eine bessere und einfachere Transferierbarkeit von Ansprüchen in der Sozialversicherung, also z. B. ein Bezug von Arbeitslosenunterstützung auch für die Personen, die sich im Ausland aufhalten, um dort vor Ort auf Jobsuche gehen zu können (siehe dazu die EU-Verordnung zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit).

- Um die Zuwanderung in den wirtschaftlich starken Regionen der Euro-Zone zu erhöhen, ist ein aktives Werben um Qualifizierte und Hochqualifizierte in den wirtschaftlich schwächeren Euro-Mitgliedsstaaten erforderlich. Dazu gehört z. B. die Einrichtung weiterer Service- und Informationsstellen, die die auswanderungswilligen Menschen in den schwächeren Regionen über die Arbeitsmöglichkeiten sowie die verwaltungsrechtlichen Rahmenbedingungen in den wirtschaftlich starken Regionen informieren.

- Nach dem Zuzug von Menschen in ein wirtschaftlich starkes Euro-Land ist deren Integration in die Gesellschaft zu unterstützen und ihre gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe sicherzustellen. Zentrale Bedingungen hierfür ist die Sprache. Notwendig ist daher die Förderung der Fremdsprachenkenntnisse.

- Die erfolgreiche Integration von Zugewanderten setzt schließlich noch voraus, dass die Ängste der einheimischen Bevölkerung vor negativen ökonomischen Konsequenzen einer verstärkten Zuwanderung reduziert werden. Die Hauptsorge dürfte dabei die Befürchtung sein, dass die Zuwanderung von Arbeitskräften für die heimische Bevölkerung eine Verringe-

rung der Löhne und eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit zur Folge hat. Dass diese Befürchtungen letztendlich unbegründet sind, ist weiter oben gezeigt worden. Eine bessere Information der einheimischen Bevölkerung über diese ökonomischen Zusammenhänge kann die Angst vor einer größeren Zuwanderung verringern und so die Integration der zugewanderten Personen erleichtern.

Summa summarum lässt sich festhalten: Auch wenn sich die gegenwärtige Staatsschuldenkri-

se in der Euro-Zone sicherlich nicht nur durch eine Förderung der Arbeitsmigration beheben lässt, kann dieses Instrument einen wertvollen Beitrag zur Lösung dieser Krise leisten. Eine Reduzierung der Arbeitslosigkeit in den krisengeschüttelten Ländern ist dabei zwingend erforderlich – nicht nur zur Sanierung der öffentlichen Finanzen, sondern auch zur Verhinderung von sozialen und politischen Verwerfungen.

Literatur

Bertelsmann Stiftung: Integration und Vielfalt neu denken und gestalten – Positionspapier der Bertelsmann Stiftung zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland, Gütersloh o.J.

Böhme, Marcus, Toman Omar Mahmoud und Rainer Thiele: Migration: Entwicklungsmotor statt Entwicklungsbremse, IfW Fokus 111 vom 19.12.2011, Kiel 2011.

Bommes, Michael: Migration und die Veränderung der Gesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 35-36/2008, S. 20-25.

Brücker, Herbert: Neue Erkenntnisse zu den Arbeitsmarktwirkungen internationaler Migration – Ein kritischer Überblick über vorliegende Befunde, in: WSI Mitteilungen 10/2010, S. 499-507.

Enderlein, Henrik: Die Krise im Euro-Raum: Auslöser, Antworten, Ausblick, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 43/2010, S. 7-12.

Petersen, Thieß: Ökonomische Theorie der Migration, in: Das Wirtschaftsstudium (WISU), 37. Jg., 2008, S. 976-980.

Statistisches Bundesamt: Hohe Zuwanderung nach Deutschland im Jahr 2011, Pressemitteilung Nr. 171 vom 16.05.2012, Wiesbaden 2012.

Steinhardt, Max: Arbeitsmarkt und Migration – eine empirische Analyse der Lohn- und Beschäftigungseffekte der Zuwanderung für Deutschland, HWWI Research Paper 3-4 des HWWI-Kompetenzbereichs Migration, Hamburg 2006.

World Bank: Migration and Development Brief No. 17: Outlook for Remittance Flows 2012-14, Washington DC 2011.

Europäische Kommission: „Chancen für junge Menschen“
<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1006&langId=de>

V.i.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung
 Carl Bertelsmann Straße 256
 D-33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Isabell Hoffmann
isabell.hoffmann@bertelsmann-stiftung.de
 Telefon +49 5241 81 81313

Joachim Fritz-Vannahme
joachim.vannahme@bertelsmann-stiftung.de
 Telefon +49 5241 81 81421

ISSN 1865-7435

Zuletzt erschienen:

spotlight europe # 2012/03
 Für die Vereinigten Staaten von Europa
Joachim Fritz-Vannahme

spotlight europe # 2012/02
 Stabilität hat ihren Preis
Dr. Thieß Petersen

spotlight europe # 2012/01
 Die neue EU.
 Folgen der polnischen EU-Präsidentschaft
Cornelius Ochmann

**Alle Ausgaben des „spotlight europe“
 stehen im Internet als Download bereit:
www.bertelsmann-stiftung.de/spotlight**